

„Sachwalter des europäischen Anliegens“

Premierminister Jean-Claude Juncker über Möglichkeiten und Grenzen der luxemburgischen Außenpolitik

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg betreibt auf europäischer und internationaler Ebene eine sehr aktive Außenpolitik. Welches sind deren übergeordnete Ziele?

In der luxemburgischen Außenpolitik geht es natürlich nicht darum, dass der Liliputaner sich mit den Riesen misst, sondern Ziel ist, dass das Großherzogtum für jene, die in der Welt und für die Welt Entscheidungen zu treffen haben, kein weißer Fleck bleibt. Dieser Wille, Luxemburg auch für andere sichtbar zu machen, nimmt unterschiedliche Ausdrucksformen an je nach dem ob es sich um innereuropäische Diplomatie handelt oder um außer-EU-Beziehungen.

Innereuropäische Diplomatie ist eigentlich ein Unwort, weil Europapolitik und innenpolitische Vorgänge nicht trennbar sind. Insofern gibt es hier das Prinzip des Sich-Einmischen-Müssens, denn das was in den anderen EU-Staaten geschieht, gedacht und gesagt wird, hat direkten Einfluss auf die inneren Verhältnisse in unserem Lande.

Außenpolitik eines Kleinstaats

Welche Besonderheiten hat die Außenpolitik eines sehr kleinen Landes? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich für diesen Politikbereich aus der Kleinstaatlichkeit?

Der Nachteil ist, dass man sich strecken muss, um bemerkt zu werden. Der Vorteil ist, wenn man aus einem kleinen Land bzw. Raum Außenpolitik gestaltet, dass man sich sehr viel intensiver mit diesem Bereich beschäftigen muss als die Großen. Ich bin versucht zu sagen, dass im Falle Luxemburgs das Ausland besonders groß ist und insofern auch einen großen Raum im politischen Tagesgeschäft einnimmt.

Der Vorteil eines gut funktionierenden Kleinstaates ist auch, dass diejenigen, die diesen vertreten,

zügiger und schneller im internationalen Bereich Entscheidungen treffen können. Wir können vor Ort im direkten Gespräch festlegen, was Sache ist und es braucht keine aufwendigen internen Konsultationen, bevor man zu einem Thema ja oder nein sagen kann.

Wäre denkbar, dass Luxemburg ähnlich wie Norwegen eine aktivere Außenpolitik gerade in jenen Bereichen betreibt, in denen keine eigenen Interessen bestehen?

Politikfelder, in denen keine eigenen Interessen auf dem Spiel stehen, gibt es kaum, denn immer wenn EU-Interessen involviert sind, sind auch unsere eigenen Interessen berührt – das sind gleichsam zwei Seiten der selben Medaille. Es gibt also kaum Bereiche, wo man sich völlig neutral bewegen kann.

Selbst Norwegen ist nicht so neutral, wie man manchmal unterstellt, denn als NATO-Mitglied ist es in eine transatlantische Solidarität mit ein-

Premierminister
Jean-Claude Juncker mit
dem amerikanischen
Präsidenten
George W. Bush
in Washington
(Photo: SIP)



"Politikfelder, in denen keine eigenen Interessen auf dem Spiel stehen, gibt es kaum, denn immer wenn EU-Interessen involviert sind, sind auch unsere eigenen Interessen berührt."

gebunden, die der norwegischen Außenpolitik natürliche, weil allianzbedingte Grenzen setzt. Luxemburg besitzt hingegen durch seine geographische Lage einen ganz anderen Vorteil, den es geltend machen kann. Unser großes Wissen über französische und deutsche Vorgänge lassen uns auf Frankreich ein Licht werfen, das anders ist als die Eigenbespiegelung Frankreichs und auch verschieden ist vom Blick, den die Deutschen auf Frankreich werfen. Im umgekehrten Verhältnis Frankreich – Deutschland ist das ebenso. Dadurch sind wir in und außerhalb der EU für feinfühligkeitsanalysen Deutschlands und Frankreichs und des deutsch-französischen Verhältnisses in seiner Wirkung auf andere bekannt.

Können Vertreter der luxemburgischen Regierung strittige Themen offener ansprechen als Vertreter größerer Staaten, da sie kaum diplomatische Konflikte riskieren?

Es ist nicht so, dass wir keine diplomatischen Konflikte zu fürchten hätten, wenn wir uns unbedacht äußern sollten. Es ist auch nicht so, dass Äußerungen unsererseits dann unbeachtet blieben. Einzelnen Luxemburger Politikern hat man aber stets eine etwas größere Redefreiheit eingeräumt als Vertretern anderer Staaten, weil man uns vornehmlich in Europa zubilligt, Sachwalter des europäischen Anliegens zu sein und nicht primär die nationale Fahne sondern auch die Europafahne im Blick zu haben. Eine solche Sonderposition muss geduldig und langsam aufgebaut werden, - und man muss sich bewusst sein, dass eine solche Stellung, deren Aufbau viele Jahre benötigt hat, an einem einzigen Tag unwiderruflich abgetragen werden kann.

Können Sie diese größere Redefreiheit am Beispiel Ihrer Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten (über die amerikanischen Importzölle auf Stahlprodukte) und Ihrer Diskussionen zur Menschenrechtsproblematik in China illustrieren?

Das Beispiel Bush und die Frage der Stahlzölle in den USA ist eigentlich ein schlechtes, denn in Sachen Stahl ist Luxemburg nicht irgendwer, sondern ein stahlproduzierendes Land und darüber hinaus Sitz des weltgrößten Stahlunternehmens. Insofern wäre es aberwitzig, dem amerikanischen Präsidenten die Idee unterzubeln, man würde ohne eigene Interessen an dieses Thema herangehen. Ich habe dem amerikanischen Präsidenten aber unverblümt gesagt – und er hat das im übrigen nicht gemocht – dass die amerikanische Stahlindustrie nicht Opfer europäischer Importe ist, sondern Opfer einer ausgebliebenen internen Restrukturierung. Er hat dem widersprochen, was mich dazu bewegt hat, deutlicher in diesem Punkt zu werden und auf europäische, auch luxemburgische Leistungen in diesem Bereich hinzuweisen. Das war ein weniger konsensförderndes Gesprächselement, aber er hat das eigentlich souverän kassiert.

In China kann ich über Menschenrechte intensiver als andere reden, weil die Chinesen wissen, dass ich beim Thema Menschenrechte nicht meine Heimatfront und die Reaktionen der veröffentlichten öffentlichen Meinung in meinem Land im Auge habe, sondern wirklich die Problemlage in China. Deshalb gibt es von mir auch wenig in China selbst öffentlich vorgetragene Warnungen und Hinweise. In einer Rede vor Universitätsstudenten habe ich das Thema Menschenrechte trotzdem nicht ausgespart und das chinesische Fernsehen hat diesen Auszug meiner Rede übrigens ungekürzt übertragen. In den Redaktionsräumen des *Luxemburger Wortes* wird das chinesische Fernsehen aber leider nicht gesehen.

Auch die chinesische Regierung scheint einen Vorteil darin zu sehen, dem Premierminister des kleinsten Mitgliedstaates der EU ihre Probleme und Ansichten darzulegen und verständlich zu machen. Wo liegt das Interesse einer Großmacht wie China in politischen Fragen einen so intensiven Dialog mit einem Kleinstaat zu führen?

Das müsste man die Großmacht fragen und nicht den immer wieder eingeladenen und öfters aufgesuchten Gesprächspartner aus Luxemburg. Ich habe natürlich eine Vermutung: Man weiß, dass Luxemburg auch in kritischen Zeiten Erklärungsversuche bezüglich Chinas in der innereuropäischen Diskussion anzubieten hat und immer wieder auch angeboten hat. Im übrigen mache ich mir keine Illusionen; ich weiß sehr wohl, dass ich von einigen chinesischen Führern auch als Testperson benutzt werde. Man trägt mir vor und hört mir zu wohl wissend, dass ich als Zuhörer und Redner immer wieder auch versuche, die Standpunkte meiner europäischen Kollegen mit einfließen zu lassen. Der Chinesen, der sich mit dem luxemburgischen Premierminister unterhält,

Premierminister
Jean-Claude Juncker mit
dem amerikanischen
Präsidenten
George W. Bush
in Washington
(Photo: SIP)



weiß, dass er nicht nur dessen Meinung zu hören bekommt.

Sie haben in einem Gespräch zurückgewiesen, dass Sie als Fürsprecher chinesischer Positionen in Europa auftreten.

Schon durch unsere „Größe“ taugen wir nicht als Fürsprecher der Chinesen – mal angenommen die Chinesen bräuchten überhaupt einen Fürsprecher. Wir können aber ein besseres China-verständnis fördern und immer wieder in Europa gegen Pauschalurteile gegenüber China auftreten. Was nicht heißt, dass man sich in allen Punkten mit den Chinesen verbrüdet oder sich anbietet.

Auf informeller Ebene hat Luxemburg ganz offensichtlich einen ziemlich großen Handlungsspielraum und kann gegebenenfalls eine Vermittlerrolle einnehmen. Demgegenüber stellt sich die Frage, inwieweit ein kleines Land von seinen formalen Rechten Gebrauch machen kann?

Luxemburg hat auf europäischer Ebene seine formalen Rechte von Zeit zu Zeit genutzt, insbesondere dann, wenn wir das Gefühl hatten, von einem allgemeinen Unverständnis umgeben zu sein. Wir haben nie gezögert, deutlich nein zu sagen, wenn in Europa eine Entscheidung gefällt werden sollte, bevor sie mit allen Beteiligten diskutiert und debattiert war, wenn ich das Gefühl hatte, man denke, mit einem kleinen Mitgliedsstaat umspringen zu können, wie man es mit einem großen nicht täte. Kleiner gemacht als wir sind, lasse ich uns in Europa nie vorführen.

Man kann also von einer außenpolitischen Souveränität im Falle Luxemburgs sprechen?

Meine Bemerkungen zielen nicht so sehr auf das außenpolitische Terrain, sondern vielmehr auf innereuropäische Fragen, wo es um die Übertragung von Souveränitätsrechten an Brüssel geht. In außenpolitischen Fragen macht es wohl keinen Sinn, sich in einer Art und Weise zu isolieren, dass man als Gesprächspartner für weitere Unternehmungen ausfiele. Dort muss man Standpunkte vortragen und vorschnelle Entschlüsse vermeiden, damit man sich – außer im Extremfall – nicht in einer Vetosackgasse wiederfindet, aus der man sehr schlecht herauskommt.

Außenpolitik zwischen Entwicklungs- und Finanzpolitik

Im Falle Luxemburgs kommt seit einigen Jahren auch die Kooperationspolitik als Bestandteil der Außenpolitik hinzu. Welche Ziele verfolgt die luxemburgische Regierung mit ihrer Kooperationspolitik?

Es gibt ein primäres und ein nachgeordnetes Ziel. Das primäre Ziel hat seinen Ursprung in dem



Premierminister
Jean-Claude Juncker
mit dem chinesischen
Premier Rongji in Peking
(Photo: SIP)

Umstand, dass der Blick auf die Welt eher ein tränengefüllter als ein strahlend lächelnder ist. Wo man auch hin blickt, wird man mit Armut, Krieg, Notlagen und ökonomischen Ungerechtigkeiten konfrontiert. Es ist eine Sache der politischen Überzeugung, ob man sich mit einbringt in die Lösung dieser Probleme, oder ob man fröhlich weiter pfeifend in eine andere Richtung schaut. Ich habe in meiner Zeit als Finanzminister ab 1989 den mich bindenden Entschluss gefasst, dass ein Land wie Luxemburg – de facto von der Sonne verwöhnt, auf einem friedlichen Kontinent zu Wohlstand gekommen – nicht so tun kann, als ob es von den Problemen der Welt nicht berührt wäre. Deshalb haben wir sehr konsequent – eine Politik, die ursprünglich vom Finanzministerium ausging – unsere entwicklungspolitischen Haushaltsansätze stetig nach oben angepasst.

Nun weiß ich auch, dass die Armen der Welt nicht sehr viel weniger arm sein werden durch Luxemburgs Beitrag zur Entwicklungshilfe. Trotzdem, viele Menschen sind durch den luxemburgischen Einsatz glücklicher geworden. Das hat Bedeutung für mich. Vielleicht ist es auch so, dass die Armen durch unsere Hilfe nicht sehr viel reicher werden, die Luxemburger werden aber sicherlich viel reicher, wenn sie ihren Wohlstand teilen. Das ist das primäre Ziel.

Das nachgeordnete Ziel hängt damit zusammen, dass weltweit nur fünf Länder mehr als 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufwenden. Es macht für mich Sinn, dass Luxemburg dazugehört und auf diese Art und Weise international auffällt. Das verschafft uns eine Größe in einem Bereich, in dem die Größten wirklich klein sind.

Kann ein Land, das seinen Reichtum zu einem guten Teil über die Aktivitäten seines Finanzplatzes erwirtschaftet, eine glaubwürdige Kooperationspoli-

"In einer Rede vor Universitätsstudenten habe ich das Thema Menschenrechte trotzdem nicht ausgespart und das chinesische Fernsehen hat diesen Auszug meiner Rede übrigens ungekürzt übertragen."

Kooperationsminister
Charles Goerens auf den
Cap Verden (Photo: SIP)



tik betreiben? Müsste Luxemburg nicht die Funktionsweise der Finanzmärkte in Frage stellen?

Unabhängig davon, dass es Funktionsweisen der Finanzmärkte gibt, die wir in Frage stellen, weil wir die perversen Seiten der Globalisierung ablehnen, und sie auch im internationalen Geflecht bekämpfen, ist es so, dass gerade ein Land, dass durch weltweite Kapitalströme sich wirtschaftlich zu mausern wusste, auf dem Feld der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit weitergehen muss als andere. Für mich ist das kein Widerspruch sondern eine Folgeleistung. Nun gibt es ja andere Finanzzentren, Luxemburg ist im internationalen Vergleich nur die Nummer sieben. Trotzdem leisten wir eine weitaus stärkere und anhaltendere Entwicklungshilfe als etwa die Schweizer oder Amerikaner.

Wem es wirtschaftlich gut geht aufgrund internationaler Verflechtungen und für ihn glückliche Zusammenhänge, sollte stärker zum Teilen bereit sein als andere, weniger gut dotierte.

Sie haben bei der vorhin erwähnten Veranstaltung in China vor Studenten Ihren Unmut über die „Mediokrität“ der US-amerikanischen Entwicklungshilfe geäußert. Auch im Umwelt- und Klimaschutz, in der Handelspolitik, im „Krieg gegen den Terror“ und im Nahostkonflikt wird der derzeitigen US-Regierung von vielen Seiten Verantwortungslosigkeit und Unilateralismus vorgeworfen.

Ich habe mich stets um ein ungetrübtes Amerika-Bild bemüht und bin zu blinder anti-amerikanischer Kritik völlig unfähig. Doch gerade weil ich mich im Zweifelsfall, wenn es wirklich darauf ankommt, spontan auf der Seite Amerikas wiederfinde, erlaube ich mir auch Kritisches über Amerika nicht nur hier bei uns sondern auch im direkten Meinungsaustausch mit amerikanischen Freunden zu erwähnen. Ich halte es auf Dauer nicht für vertretbar (und es ist auch eine unüberlegte und ziellose Politik), dass die große Wirtschaftsmacht Amerika nur knapp über 0,1 Prozent ihres Bruttosozialprodukts entwicklungspolitischen Projekten zufließen lässt. Man kann nicht einen Führungsanspruch in der Welt geltend machen, wenn man sich nicht auch den Kampf gegen die Armut, gegen die Unterentwicklung und gegen den Hungertod auf die Fahne schreibt. Das gleiche gilt in ähnlicher Weise übrigens auch für Japan.

Dies muß man als Kritikpunkt anbringen, besonders in einem Gesamtkontext von Terrorismusursachen. Die weltweite Armut ist ohne jeden Zweifel, wenn nicht Ursache, so doch ein gewaltiger Nährboden für den Terrorismus. Wenn man das nicht sieht, ist man eigentlich für einen Teil der Realität blind.

Hat Ihrer Ansicht nach Europa als Softpower neben den USA eine Chance, in der Weltpolitik Gehör zu finden?

Ich stelle in meinen Gesprächen auf Auslandsreisen und mit internationalen Gästen in Luxemburg immer wieder fest, dass es eine weltweite Nachfrage nach europäischer Außenpolitik gibt. Viele möchten Europa als Akteur in ihren regionalen Konflikten auftreten und einschreiten sehen. Diese Begeisterung und die Nachfrage nach mehr europäischer Außenpolitik wird regelmäßig gedämpft dadurch, dass die Europäische Union sehr oft in ihre Hauptbestandteile zerfällt, wenn es um die Formulierung von Ideen, Visionen, Vorschlägen, d.h. einer gemeinsamen Außenpolitik geht. In diesem Bereich müssen wir noch gewaltig an uns arbeiten, um der bestehenden Nachfrage gerecht zu werden.

Ist der Weg Europas zur außenpolitischen Größe ein militärischer?

Zu meinen betrübnissen politischen Lebenserfahrungen gehört die Einsicht, dass wer nicht auch über militärische Macht verfügt, außenpolitisch nicht in seiner ganzen Wirkungsbreite wahrgenommen wird. Ich gehöre ja zu der Generation, für die der Satz „Frieden schaffen ohne Waffen“ eine große Bedeutung hat. Ich habe aber in meinem außenpolitischen Leben feststellen müssen, dass von Militärgewalt eine große faktische Überzeugungskraft ausgeht, die ich zwar

"Die große Wirtschaftsmacht Amerika kann nicht einen Führungsanspruch in der Welt geltend machen, wenn sie sich nicht auch den Kampf gegen die Armut, gegen die Unterentwicklung und gegen den Hungertod auf die Fahne schreibt."

bedauere, aber als Faktum in mein Kriterienmuster endgültig habe einbauen müssen.

Die Rollenverteilung in der Außenpolitik

In der Abgeordnetenversammlung wird Außenpolitik selten kontrovers diskutiert. Sollte sich das Parlament stärker in der Außenpolitik engagieren?

Es ist keine luxemburgische Besonderheit, dass Außenpolitik nicht kontrovers diskutiert wird. In Deutschland gehörte es lange Jahre zur Grundüberzeugung, dass Außenpolitik partei-übergreifend betrieben wurde. Wenn es sich um den europäischen Teil der Außenpolitik, d.h. um europäische Innenpolitik handelt, wird in der Abgeordnetenversammlung heute sehr oft kontrovers diskutiert. Ich nehme mit größter Zustimmung zu Kenntnis, dass sich unser Parlament immer stärker europapolitischen Fragen widmet. Das war in früheren Jahren nicht so.

Treten Sie als Staatsminister manchmal vor die außenpolitische Kommission der Abgeordnetenversammlung?

Nein, sie hat mich noch nie zu einem Gespräch gebeten. Die Außenministerin erstattet der Kommission Bericht über die Sitzungen des Europäischen Rates.

Wie sieht die Rollenverteilung zwischen Außenministerium und Staatsministerium in diesem Bereich aus? Warum gibt es hier in letzter Zeit regelmäßige Unstimmigkeiten?

Es gibt zwischen dem Staats- und dem Außenministerium keine Unstimmigkeiten was die praktische Gestaltung der Europa- und Außenpolitik anbelangt. Im politischen Raum gibt es offenbar Wahrnehmungsschwierigkeiten hinsichtlich der Art und Weise, wie Zuständigkeiten vom Staatsministerium und vom Außenministerium wahrgenommen werden. Viele denken, der Regierungschef hätte sich um Innenpolitik zu kümmern und der Außenminister um Außenpolitik. Dieses Politikverständnis kann ich nicht nachempfinden, denn alle Erfahrung zeigt, dass das was um Luxemburg herum passiert, sehr wesentlich das Rohmaterial für innenpolitische Gestaltung abwirft. Im übrigen handelt es sich dabei um eine Debatte, die es nur in Luxemburg gibt und sonst nirgendwo.

Regierungschefs sind dauernd außenpolitisch und in diplomatischer Mission unterwegs, sie sind ständig untereinander im Gespräch - aber in Luxemburg wird so getan, als ob der Regierungschef ein innenpolitisches Mauerblümchen zu sein hätte. Das ist erstaunlich, belastet mich aber nicht weiter, denn ich tue diese Arbeit aus einem gewissen Pflichtverständnis heraus.

Trotzdem könnte man sagen, dass Jacques Poos seine Rolle als Außenminister sehr viel stärker ausspielen konnte. Was hat sich seit dem Regierungswechsel 1999 verändert, oder allgemein gefragt: gewinnen die Regierungschefs in der Außenpolitik generell an Bedeutung?

Das wachsende europäische Vertragswerk nimmt die Regierungschefs immer stärker in die Pflicht, sowohl was EU-Innenpolitik als auch was EU-Außenpolitik anbelangt.

Als Jacques Poos Außenminister war und ich Staatsminister, hat es diese öffentlich geführte Kontroverse auch schon gegeben, an der weder er noch ich mich beteiligt haben, so wie weder Frau Polfer noch ich mich an der jetzigen, manchmal gespenstige Züge annehmenden Debatte über das Maß der erträglichen staatsministeriell geführten Außenpolitik beteiligen.

Hat der Premierminister im luxemburgischen Regierungssystem eine Weisungsbefugnis gegenüber seinen Ministern vergleichbar der Richtlinienkompetenz des deutschen Bundeskanzlers oder ist er lediglich primus inter pares?

Der luxemburgische Premierminister ist *primus inter pares*. Premierminister mit Weisungsbefugnis und Richtlinienkompetenz im Sinne des deutschen Grundgesetzes gibt es nur sehr wenige in Europa: der französische und der britische Premierminister und der deutsche Bundeskanzler natürlich. Der niederländische, belgische, dänische, der schwedische Premierminister... alle sind *primi inter pares*. Aber alle Regierungschefs in Europa sind unabhängig von ihrem verfassungsmäßigen Status außenpolitisch sehr aktiv. Wenn Bush oder der britische Premierminister hier anrufen, um über ein internationales Problem zu diskutieren, kann ich die nicht auf

"Regierungschefs sind dauernd in außenpolitischer Mission unterwegs, sie sind ständig untereinander im Gespräch - nur in Luxemburg wird so getan, als ob der Regierungschef ein innenpolitisches Mauerblümchen zu sein hätte."

Außenministerin Lydie Polfer und ihr französischer Amtskollege Hubert Védrine bei einer Tagung der EU-Außenminister in Luxemburg am 15. Mai 2002 (Photo: SIP)



die luxemburgische Verfassungslage verweisen. Die wollen dann mit mir reden...

Sie vertreten Luxemburg seit vielen Jahren auf internationalem Parkett und haben vorhin erwähnt, dass sich die Kontakte langsam aufbauen und ihr Wert für das Land an einem Tag zunichte gemacht werden kann. Welche Bedeutung haben persönliche Kontakte in der internationalen Politik? Können sie das am Beispiel Helmut Kohl erläutern?

Das ist im politischen Leben nicht grundsätzlich anders als im Privatleben auch. Man mag sich oder man mag sich nicht, und wenn man sich mag, sind Gespräche angenehmer, Kompromisse schneller gefunden und das gesprochene Wort gilt. Ich zähle zu meinen persönlichen Freunden in Europa neben einigen Christdemokraten auch eine große Zahl an nicht-christlich-sozial verteten Kollegen. In jedem Fall muß man in Außenbeziehungen die Parteikarte besser zuhause lassen, denn man hat sein Land unabhängig von der parteipolitischen Provenienz zu verteten und seine Gesprächspartner nicht durch diese Brille zu betrachten.

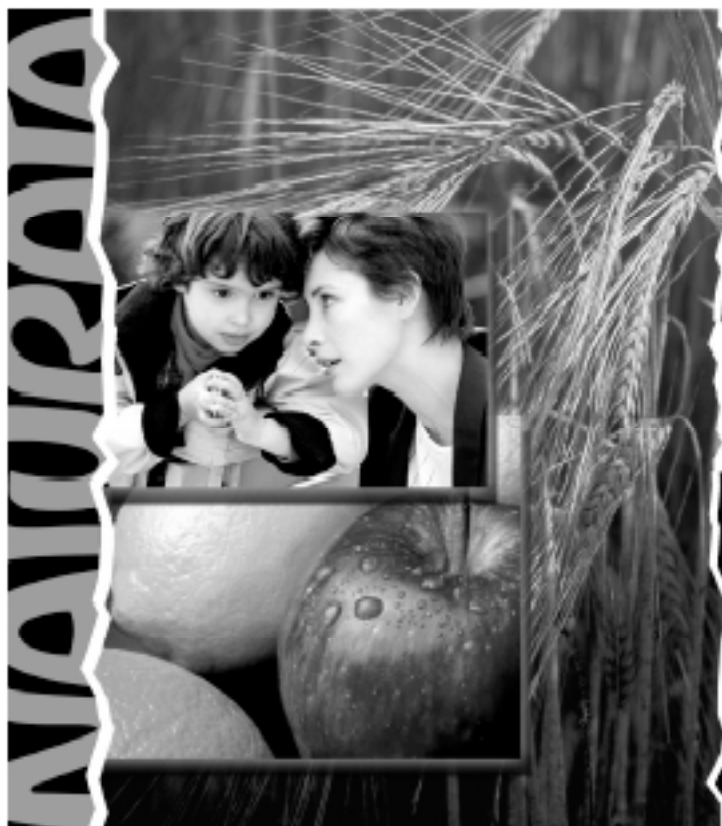
Meine Freundschaft mit Helmut Kohl ist keine politische sondern eine persönliche. Insofern entzieht sie sich jeder öffentlichen Betrachtung.

Gilt für Ihr europa- bzw. außenpolitisches Engagement noch das Vermächtnis der christdemokratischen

Politiker Schumann, Bech, Werner? Sehen Sie sich persönlich in dieser Traditionslinie?

Ich stelle mich nicht gerne in eine Reihe von Persönlichkeiten, die Teil der Geschichte sind, weil dies doch den Verdacht nahe legt, man wolle sich selbst in Richtung Geschichte absetzen. Ich fühle mich eigentlich der Generation von Politikern und Menschen verpflichtet - und mein Vater gehört auch dazu - die nach Kriegsende aus dem Satz "Nie wieder Krieg" ernst gemacht haben. Es gibt zur Zeit weltweit 80 Kriege und ich weiß nicht woher diese törichte europäische Hoffnung stammt, uns könnten derartige Schicksalsschläge nicht mehr ereilen. Zu meinem politischen Überzeugungskodex und -kanon gehört, dass ich mit den sehr bescheidenen Mitteln luxemburgischer Politik dazu beitragen möchte, dass Krieg in Europa nicht wieder vorkommt. Ich möchte auch, dass die Millionen Menschen, die voller Hoffnung nach Europa blicken, weil sie Europa als gut funktionierendes Modell langanhaltender Friedenssicherung sehen, nicht enttäuscht werden, damit die friedensstiftende Ausstrahlung Europas weltweit Nachahmung findet. Wenn es sich dabei um christlichsoziales Erbe handelt, dann widerspreche ich dem nicht, ich weiß aber auch, dass nicht nur Christlichsoziale so denken.

Das Gespräch mit Premierminister Jean-Claude Juncker fand am 22. April 2002 statt. (JST)



BIO-
Qualität, die
man schmecken
kann.

NATURATA

- Bollingsgrund
161, rue de Bollingsgrund
L-2440 Luxembourg
Tel: 00352 44 78 77 76
Böcher/Kleider/Geschlechterfil
- Duddange
- Etelbruck
- Munsbach-OLKOPOLIS
- Huppenthagen/Schach-Haff
- Capellen/Wilhelm-Haff